

der Rest des präsidentialen Stabes – etwa 140 Leute – bleibt in Bonn zurück.

Kanzler Helmut Kohl lehnt diese Teilung – politische Führung in Berlin, Beamte in Bonn – strikt ab und will, getrieben von seinem Fraktionschef Wolfgang Schäuble, das konservative Gegenstück, das „Kombinationsmodell“, durchsetzen: Beim Umzug soll es einen vertikalen Schnitt durch die Administration geben. Acht Ministerien werden in Bonn bleiben, beschloß die Bundesregierung, zehn an die Spree kommen.

Kohls Kontrahent Rudolf Scharping (SPD) hingegen hat sich mit dem Kopfstellenmodell angefreundet. Der SPD-Vorsitzende verweist auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die eine schärfere Abgrenzung der politischen Führung von den Fachabteilungen der Ministerien favorisiert.

Konsequenz für den Hauptstadt-Umzug: Von allen Ministerien kämen zuerst die politischen Stabsabteilungen an die Spree. Der Unterbau könnte – als Bundesoberbehörde geführt – in Bonn weiterarbeiten. Die Zuständigkeiten könnten neu verteilt, administrative und politische Entscheidungen klarer getrennt werden. Lauter Horrorvisionen für Bürokraten – in Bonn wie in Berlin.

Kein Wunder, daß es auf die einfache Frage nach den Kosten des präsidentialen Umzugs und nach den Konditionen des privaten Mietvertrages so viele rätselhafte Andeutungen gibt.

Erst behauptete die für Liegenschaften zuständige Behörde, die dem Finanzminister Theo Waigel (CSU) unterstehende Bundesvermögensverwaltung (BVV), der Privatmann Weizsäcker bezahle für die Villa im Grünen „die ortsübliche Vergleichsmiete“ – nach dem derzeit geltenden Mietspiegel für Berlin wären das aber nur 1496 Mark für 170 Quadratmeter in exzellenter Lage.

Dann deutet BVV-Sprecher Helmut John geheimnisvoll an: „Es ist mit Sicherheit mehr.“

Weizsäcker machte dem Rätselraten schließlich ein Ende: 4600 Mark kalt, inklusive Nebenkosten also etwa 5000 Mark, kostete die Villa, ließ er durch seinen Sprecher Horstmann klarstellen.

Ähnlich kompliziert ist es, den Behörden eine Auskunft über die Umzugskosten zu entlocken. Dabei gibt es für Geheimniskrämerie überhaupt keinen plausiblen Grund.

Dem Bundespräsidenten steht nach Ablauf seiner Amtszeit ein lebenslanger „Ehrensold“ in Höhe des präsidentialen Grundgehalts zu (derzeit: etwa 360 000 Mark jährlich). Er hat Anspruch auf einen persönlichen Referenten und eine Sekretärin, auf ein Auto mit Chauffeur und Telefon sowie auf eine Büroausstattung. Der Steuerzahler hat ihm auch die Umzugskosten zu ersetzen, die bei Amtsantritt und Amtsende anfallen.

Wie hoch die sind, darf Sprecher Horstmann angeblich nicht sagen: Es sei ihm „gesetzlich verboten“.

Der Spediteur genießt und schweigt. „Die genauen Kosten“, behauptet Ewald Schneider, Seniorchef des Kölner Umzugs-Unternehmens Hasenkamp, „können wir erst in der nächsten Woche feststellen.“

Doch auch dieses Staatsgeheimnis ist schon aufgeklärt: Weizsäckers Umzug kostet ziemlich genau 45 000 Mark. □

Wahlkampf

## Kurzes Gedächtnis

**Hat sich SPD-Präsidentenwahlkandidat Rau zu eng mit dem damaligen SED-Chef Honecker eingelassen?**

Überraschend hat die Geschichte den Deutschen die Einheit gebracht, und mit ihr jede Menge Probleme. Aber gestritten wird weniger über Wege aus der Vereinigungskrise als über die inzwischen nutzlose Frage, wer sich einst allzu intim mit den Ost-Berliner Machthabern eingelassen hat.

Nach den Sozialdemokraten Herbert Wehner (Konspiration?) und Karl Wienand (Verrat?) trifft es jetzt den

\* 1986 in Ost-Berlin.

nordrhein-westfälischen Regierungschef Johannes Rau, Kandidat der SPD bei der Präsidentenwahl am 23. Mai.

Die Vorlage lieferte mit einer vermeintlichen Enthüllung aus den SED-Akten das ARD-Magazin „Kontraste“. Dessen Moderator Jürgen Engert verkündete einleitend und ahnungsvoll, den Vorwurf, „Munition“ gegen Rau und die SPD zu liefern, halte seine Redaktion aus. Der Vorwurf darf erhoben werden. Denn „Kontraste“ brachte eine olle Kamelle, im SPIEGEL (35/1992) ausführlich dokumentiert und kritisiert von dem Historiker und Journalisten Christian von Ditfurth, der die Akten im SED-Archiv ausgegraben hatte.

Im SPIEGEL ist nachzulesen, wie der SPD-Ostexperte Egon Bahr im September 1986 bei SED-Chef Erich Honecker und Polit-Bürokrat Hermann Axen um Schützenhilfe im Bundestagswahlkampf einkam; wie er listig versicherte, daß eine SPD-geführte Bundesregierung „voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren wird“; und wie Honecker via Bahr schließlich dem damaligen Kanzlerkandidaten Rau den Wahlbonbon rüberschob, um den sich der damalige Kanzleramtschef Schäuble (CDU) vergebens bemüht hatte: die öffentliche Bekanntgabe, daß die DDR den Zustrom Abertausender Asylbewerber, meist Tamlen, von Ost- nach West-Berlin stoppen werde.

Aber erst jetzt, als TV-Mann Engert die Story zum Auftakt des Superwahljahrs aufwärmte, wachten die Unionsstrategen auf.

Ob Bahr im Auftrag Raus der DDR einen „Kurswechsel in der Frage der Staatsbürgerschaft“ angeboten habe, fragte CDU-Generalsekretär Peter Hintze. Berlins Regierungschef Eberhard Diep-



**Gesprächspartner Rau, Honecker\*:** Bonbon für den Kanzlerkandidaten

gen (CDU) machte aus der Bahr-Sentenzflugs die „Anerkennung oder Respektierung des SED-Unrechtsregimes“.

Die Union setzt auf das kurze Gedächtnis des Publikums. Als hätte nicht auch die CDU Vereinbarungen mit Ost-Berlin stets als großen Erfolg gefeiert und sich, zumal in Wahlkampfzeiten, gern bei den östlichen Diktatoren gezeigt – heute sollen es nur die Genossen gewesen sein.

Insgesamt waren die Sozialdemokraten nach dem Bonner Machtverlust richtig sauer, daß die DDR Helmut Kohl manches humanitäre Zugeständnis machte, um das sich Helmut Schmidt vergebens bemüht hatte. Aber meckern konnten sie nicht – es war ja ihre Politik, die Kohl mit dem Krediteinfädler Franz Josef Strauß erfolgreich fortsetzte.

Da bot sich mit dem eskalierenden Berliner Asylproblem 1986 die Chance, als Opposition Einfluß nehmen und aktives Handeln vorführen zu können. Daß die DDR das Loch für die Asylbewerber stopfen müsse, darüber waren sich alle westdeutschen Parteien einig.

Kohls Schäuble lockte sogar, wie sein Verhandlungspartner Schalck-Goldkowsky notierte, mit Bonner Beweglichkeit im Dauerstreit um die Elbgrenze. Damit die SPD zur Änderung des Asylgrundrechts bewegt werde, war Schäuble auch die „Unterstützung der DDR“ (Schalck-Protokoll) willkommen.

Hätte Rau also zurückweisen sollen, was Bahr ihm von Honecker mitbrachte?

Das Wort des bisweilen überschaulen Oststrategen vom „Respektieren“ der DDR-Staatsbürgerschaft war ja nicht einmal eine Gegenleistung, sondern die schlichte Beschreibung der Rechtslage. Daß mehr nicht drin war, wußte auch der Realist Honecker.

In seinem Urteil zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag hatte das Bundesverfassungsgericht 1973 festgestellt, daß die deutsche Staatsangehörigkeit

zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Grundgesetzes ist also nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Ein Deutscher hat, wann immer er in den Schutzbereich der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelangt, einen Anspruch auf . . . alle Garantien der Grundrechte des Grundgesetzes.

In der politischen Praxis hieß das: Kein DDR-Bürger wurde gegen seinen Willen als Bundesbürger vereinnahmt, aber jeder, der wollte und konnte, bekam automatisch den Bundespaß.

Aber was sind schon schlichte Fakten in Wahlkampfzeiten? Bruder Johannes, der gute Mensch aus Wuppertal, hat sein Fett weg. Daß ein paar Spritzer auch Schäuble trafen, was tut's? Der kandidiert ja nicht fürs Präsidentenamt. □

## „Ich war kein Top-Agent der Stasi“

Der frühere DDR-Anwalt Vogel über seine Rolle und über Herbert Wehner



**SPIEGEL:** Herr Vogel, Sie haben ein halbes Jahr in Untersuchungshaft in Moabit gesessen. Gegen Sie laufen mehrere Anklagen und Ermittlungsverfahren wegen Erpressung, Steuerhinterziehung, Meineid und Untreue. Einst wurden Sie als deutsch-deutscher Wohltäter hofiert, jetzt werden Sie wie ein Verbrecher verfolgt. Fühlen Sie sich vom Rechtsstaat ungerecht behandelt?

**Vogel:** Nicht vom Rechtsstaat, aber von seinen Strafverfolgern. Zur Rechtsstaatlichkeit gehört, daß auch Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei nicht nur Belastendes, sondern auch Entlastendes ermitteln und berücksichtigen. Außerdem sehe ich mich Vorverurteilungen ausgesetzt.

**SPIEGEL:** Damit Ihnen Haftverschonung gewährt wurde, mußten Sie eine der höchsten Kauttionen in der deutschen Justizgeschichte stellen.

**Vogel:** Die Kauttion beträgt in meinem Fall 3,5 Millionen Mark. Es hat schon höhere gegeben, erst kürzlich in München 7,5 Millionen.

**SPIEGEL:** 3,5 Millionen sind ein schöner Batzen. Wieviel davon haben Sie selbst aufgebracht?

**Vogel:** Die 3,5 Millionen haben enge Freunde und meine Verwandtschaft zur Verfügung gestellt. Mein Vermögen einschließlich Büro und Wohnhaus unterliegt bis zum Abschluß des Steuerverfahrens einem Arrest.

**SPIEGEL:** Die Haftbefehle wurden mit Fluchtgefahr begründet. Haben Sie jemals an Flucht gedacht?

**Vogel:** Nein, zu keiner Zeit.

**SPIEGEL:** Aber der Gedanke ist nicht abwegig. Sie besitzen eine Wohnung in Österreich. Von dort würden Sie wegen des Steuerverfahrens nicht ausgeliefert.

**Vogel:** Ich weiß es nicht, das hat mich auch nicht interessiert. Der Gedanke an Flucht widerstrebt meiner Natur.

Das Gespräch führten die Redakteure Georg Mascolo, Norbert F. Pötzl und Ulrich Schwarz.